

Stand: 18.05.2024 08:01:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/14242

"Transparenz und Kontrolle sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/14242 vom 03.03.2021
2. Beschluss des Plenums 18/14343 vom 04.03.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 04.03.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Transparenz und Kontrolle sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hinsichtlich folgender Punkte dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege (oder einer ggf. demnächst zu errichtenden Corona-Kontroll-Kommission) zur Steigerung von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle regelmäßig durch die betroffenen Mitglieder der Staatsregierung Rede und Antwort insbesondere zu folgenden Themenschwerpunkten zu stehen:

- Prüfung der Verhältnismäßigkeit von getroffenen oder zu treffenden Maßnahmen in diesem Zusammenhang, inkl. der Bewertung von Ergebnissen nicht-bayerischer Gremien (z. B. Ministerpräsidentenkonferenz)
- Überprüfung von Beauftragungen Dritter durch die Staatsregierung im Zusammenhang mit dem pandemischen Geschehen, inklusive Abrechnungen und Verträgen
- Überprüfung von Abrechnungen etc. in diesem Zusammenhang mit Hilfsorganisationen, Krankenkassen und Kliniken, sofern staatliche Mittel verwendet werden oder wurden
- Überprüfung von Vorgängen der unteren und mittleren Verwaltung, vor allem im Bereich der Gesundheitsämter, im Zusammenhang mit dem pandemischen Geschehen aus legislativer Sicht

Hierbei soll gewährt werden:

- Einsichtnahme in alle Unterlagen, die die Staatsregierung zur Entscheidung von Maßnahmen heranzieht oder gezogen hat
- Einsichtnahme und Prüfung aller vertraglichen und abrechnungsrelevanten Unterlagen, sofern diese Verträge oder Vereinbarungen die Eindämmung des pandemischen Geschehens mittelbar oder unmittelbar betreffen oder betrafen
- direktes Hinweisrecht auf mangelnde Verhältnismäßigkeit gegenüber der Staatsregierung
- Recht in alle Unterlagen, Verträge etc. in unteren und mittleren Behörden Einsicht zu nehmen und Beamte und Mitarbeiter zu befragen, sofern es um Aufklärung von Handlungsweisen oder Sachverhalten auf diesen Ebenen geht

Begründung:

Schon kurz nach Beginn des pandemischen Geschehens in Deutschland wurde die Beteiligung der Legislative moniert. Auch nach gut einem Jahr hat sich die Situation nur marginal verbessert. Regelmäßige Regierungserklärungen mit anschließenden Dringlichkeitsanträgen zementieren lediglich im öffentlichen Rahmen der Plenarsitzung die

zuvor getroffenen Vereinbarungen. Der Eindruck der „Hinterzimmerpolitik“ und der „Plenar-Pressekonferenzen“ des Ministerpräsidenten hat sich dadurch eher verhärtet als entspannt. Auch die regelmäßigen Regierungsbefragungen lassen keine effektive Kontrolle des Parlaments zu. Dazu kommt die lange Bearbeitungsdauer von schriftlichen Anfragen, die ein zeitnahes Agieren der Parlamentarier faktisch ausschließt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/14242

Transparenz und Kontrolle sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Christina Haubrich

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Transparenz und Kontrolle sicherstellen (Drs. 18/14242)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Andreas Winhart das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Berliner Klüngelrunde im Kanzleramt, die sogenannte Ministerpräsidentenkonferenz, hat wieder getagt, ein Gremium, welches das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht vorsieht. Trotz der fehlenden Legitimität dieses Gremiums fühlen sich die Länderregierungen, auch unsere Staatsregierung, an die dort hinter verschlossenen Türen gefassten und am Bundestag wie am Bundesrat vorbeigeleiteten Beschlüsse gebunden. Nicht nur die Art der Entstehung dieser Beschlüsse ist fragwürdig, sondern auch deren Inhalt. Bayerns Gastronomen, Dienstleister und Händler sind in Existenznöten. Viele von ihnen sind längst überschuldet. Gleichzeitig beschließt die Runde vage Öffnungszeitpunkte und ändert mal wieder die Zielwerte für die Inzidenzen, ab wann wieder Öffnungen möglich sein sollen.

Das Problem für Bayerns Selbstständige besteht darin, dass die Bank für den nächsten kleinen Kredit auch einmal ein konkretes Datum hören möchte, wann wieder mit Einnahmen zu rechnen ist. Eine Zeitangabe wie "Inzidenzwert unter 50" oder Ähnliches ist da wenig hilfreich. In diesem Fall bedarf es eines konkreten Datums. Gerade der Inzidenz-Limbo der Staatsregierung, wonach bei Erreichen einer niedrigen Inzidenz die Grenzwerte angepasst werden und die Zielwerte immer wieder sinken, ist nur ein Beispiel, warum es mehr parlamentarischer Kontrolle zum Wohle unserer Bürger bedarf. Hier bedarf es einer Kontrolle der Legislative zur Prüfung von Verhältnismäßigkeiten, vom Einkauf von überpreuerten Masken und den Wischmopps durch Herrn Ai-

wanger ganz zu schweigen. Auch im Hinblick auf die Vorfälle im Deutschen Bundestag – Stichwort Nüßlein – wollen wir einen genaueren Blick auf die Beauftragung Dritter in Bayern werfen. Das gilt auch für Gremien wie den Ethikrat, wo offensichtlich missliebige Expertenmeinungen nicht geduldet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erspare uns jetzt weitere Beispiele. Fest steht, dass vieles von der Regierung nach Gutsherrenart entschieden wurde. Das ist zum Teil ordentlich danebengegangen. Hier wäre eine stärkere parlamentarische Beteiligung hilfreich gewesen. Morgen ist hier im Saal wieder eine große Söder-Show. Die CSU und die FREIEN WÄHLER bringen dann in Schriftform brav vor, was aus der Staatskanzlei und aus Berlin diktiert wird, und das wider besseres Wissen und ohne Kenntnis, welche Nöte in den Stimmkreisen herrschen. Morgen wird wieder jubelnd zugestimmt.

Eine tiefergehende Klärung von Sachverhalten ist weder in der Aussprache zur Regierungserklärung möglich noch in der Befragung der Staatsregierung zur Corona-Krise. Die heiklen Fragen werden dort meist äußerst knapp beantwortet. Auf die vorab aus den Reihen der Koalition zugesteckten Fragen trifft das natürlich nicht zu. Die schnellen und kurzfristigen Entscheidungen sind längst vollzogen, bevor man nach der Bearbeitungszeit von sechs bis acht Wochen, die für Schriftliche Anfragen erforderlich ist, noch irgendeinen Einfluss auf regulärem parlamentarischem Wege nehmen könnte.

Es bedarf einer schnellen und tiefergehenden Klärung von Sachverhalten. Da haben Sie mit unserem Dringlichkeitsantrag wieder das Zepter in der Hand. Meine Damen und Herren, nutzen Sie es.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Text, den Herr Winhart gerade vorgelesen hat und den ihm irgendjemand aufgeschrieben haben muss, kommt gar nicht so richtig zum Ausdruck, dass mit dem Dringlichkeitsantrag der AfD ein sofortiger und permanenter Untersuchungsausschuss zu allen Entscheidungen eingerichtet werden soll, die während der Corona-Pandemie getroffen wurden. Das betrifft alle Entscheidungen, nicht nur die der Staatsregierung, sondern auch die der Regierungen und der Kreisverwaltungsbehörden. Sie fordern die Einsicht in alle Unterlagen sowie die Befragung von Beamten und Mitarbeitern. Damit können Sie unsere gesamte Staatsverwaltung lahmlegen, und wahrscheinlich wollen Sie das auch. Wir wollen das nicht. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Menschen in Bayern durch eine leistungsfähige Staatsverwaltung schützen. Unsere bayerischen Beamtinnen und Beamten sowie die Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter leisten ständig und ganz aktuell Großartiges. Sie sind für die Bürgerinnen und Bürger da – und keine permanente Auskunftei für Abgeordnete der AfD. Was die AfD fordert, wäre eine bürokratische Gängelung, die in keiner Weise umsetzbar wäre. Schon aus diesen ganz praktischen Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab.

Doch auch inhaltlich geht der Antrag ins Leere. Das dort Geforderte braucht es nicht. Die Kontrolle funktioniert, erstens durch das Parlament in den Regierungsbefragungen, wie wir sie heute auch erlebt haben, und zweitens durch den Gesundheits- und Pflegeausschuss, der sich durch Berichte der Staatsregierung über die aktuelle Corona-Situation informieren kann, wie es zuletzt vorgestern geschehen ist. Die Ausschüsse des Landtags überprüfen die Maßnahmen zudem parlamentarisch auf der Grundlage von Petitionen der Bürgerinnen und Bürger. Bis heute wurden von Bürgern 811 Petitionen in Zusammenhang mit Corona eingereicht, die Hälfte davon im Gesundheits- und Pflegeausschuss. Die parlamentarische Kontrolle funktioniert auch

durch insgesamt 572 Landtagsanträge, die sich mit dem Thema Corona befasst haben, durch über 800 Anfragen, 9 Aktuelle Stunden und 15 Gesetzesinitiativen und überhaupt durch das Verfahren, dass Neufassungen der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen erst nach Regierungserklärungen hier im Hohen Haus und nach Beschlussfassung über entsprechende Dringlichkeitsanträge erlassen werden und in Kraft treten. Auch durch die Judikative, also durch unsere Gerichte, wird die Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen permanent überprüft. All das funktioniert. Unser Ziel ist es, die Gefahren weiterhin so abzuwehren, dass zu den bereits über 12.000 Corona-Toten in Bayern nur noch möglichst wenige hinzukommen.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Katastrophe. Es brennt! Bildlich gesprochen sind wir gerade in einem Feuerwehreinsatz, wo es jetzt darauf ankommt, möglichst schnell und effektiv zu löschen. Jetzt ist nicht die Zeit, darüber zu streiten, ob die Einsatzfahrzeuge besser auf einem anderen Weg zum Einsatzort hätten fahren sollen. Dies können wir hinterher tun.

(Zuruf)

Der Vollständigkeit halber sei hier nur angeführt: Im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration findet am 22. April eine Expertenanhörung zur Parlamentsbeteiligung statt. Diese wird das Gesamtbild noch abrunden.

Das bringt mich zu folgender Zusammenfassung: Erstens. Die Defizite, die Sie beheben wollen, bestehen nicht. Zweitens. Ihr Antrag brächte nur Sand ins Getriebe und würde die effektive Bekämpfung der Pandemie behindern. Er würde die Konzentration der Staatsverwaltung auf das behindern, was jetzt wichtig ist. Damit gefährdet Ihr Antrag Menschenleben. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, jetzt muss ich schon einmal das Wort ergreifen: Was Sie uns hier unterstellen wollen, trifft überhaupt nicht zu. Sie haben wortwörtlich gesagt, wir wollten hier "den Staat lahmlegen". Das ist nicht ansatzweise unser Ziel,

(Zuruf)

und das ist eine infame Unterstellung, die ich zurückweise. Wir wollen hier die parlamentarische Kontrolle stärken. Unsere Verfassung sieht vor, dass das Parlament die Regierung kontrolliert. Dazu gehören natürlich nicht nur die Ministerien, sondern logischerweise auch die daran hängende Verwaltung. Ich bin der festen Überzeugung, dass es, wenn wir uns in einem Gremium öfter treffen und uns das öfter ansehen, nicht zu einer ganzen Reihe von Petitionen kommt, wie wir sie im Moment im Gesundheitsausschuss abarbeiten müssen, weil die Menschen schlecht informiert sind, weil die Menschen Angst haben oder weil manche Entscheidungen einfach komplett an der Bevölkerung vorbeigehen, was für die Bevölkerung mehr als nachteilig ist. Wir haben mittlerweile Hunderte von Petitionen, bei denen man weiß, es trifft Existenzen. Das Verfahren zu beschleunigen, effektiver und einfacher zu gestalten, darum geht es uns.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit.

Andreas Winhart (AfD): Man sollte darüber nachdenken, ob dies nicht ein sinnvoller Vorschlag ist, den man auch einmal der AfD zubilligen könnte.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Seidenath, bitte.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Winhart, dass Sie den Staat lahmlegen wollen, war in der Tat mein erster Eindruck, als ich Ihren Antrag gelesen habe. Sie haben in Ihrer Rede auch nichts dazu gesagt. Deswegen habe ich mir gedacht, Sie wollen das wirklich. Sie haben diesem Eindruck auch nicht widersprochen. Außerdem kann

ich zu allen Corona-Maßnahmen feststellen – das habe ich hier an diesem Pult schon öfter gesagt –: Wir sind in Bayern gut regiert. Die Staatsregierung trifft hervorragende Entscheidungen, sie navigiert uns sicher durch die Pandemie, und – darüber reden wir auch oft in den Ausschüssen – die Gerichte überprüfen die Verhältnismäßigkeit. Auch deswegen sind wir bisher gut durch die Pandemie gekommen. Möge es so bleiben!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Gelegenheit zur Erwiderung hat die nächste Rednerin, Frau Kollegin Christina Haubrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag handelt es sich um ein Sammelsurium an Forderungen, die offensichtlich willkürlich aneinandergereiht wurden. Ich kann darin keine strategische Ausrichtung und schon gar keine ernsthafte Bemühung Ihrerseits erkennen, auch nur ein Stück weit konstruktiv zur Bewältigung der Corona-Pandemie beizutragen. Die Corona-Krise mit dem Inhalt dieses Antrags aufarbeiten zu wollen, ist völlig absurd. Dieser Antrag trägt weder zu mehr Transparenz bei, noch sehe ich in diesem Antrag irgendeinen anderen Nutzen. Wir lehnen Ihren Antrag deswegen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Susann Enders das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein schnell heruntergeschriebener Antrag der AfD zu einem Bürokratiemonster – so kommt es mir vor. So lesen sich die Zeilen, die wenig konkret werden. Lassen Sie mich aber einige Fakten zum politischen System in Deutschland und in Bayern sagen. Judikative, Legislative und Exekutive sind in Kraft. Mir wäre auch neu, dass die Gewaltenteilung in unserem Land nicht mehr funktioniert. Ja, die Legislative stand be-

sonders während der ersten Wochen der Corona-Pandemie unter Druck. Aus diesem Grund haben wir uns auch dafür starkgemacht, insbesondere das bayerische Parlament stärker einzubinden und stärker mitzunehmen. Was ist mit der Judikative? – Nun, wenn Sie Zeitung lesen, sehen Sie, dass Gerichte unabhängig Entscheidungen der Länderparlamente prüfen und hin und wieder auch in Frage stellen, manchmal sogar kippen. Sie sprechen im Antrag sogar selbst von "Verbesserungen" im Vergleich zum Beginn der Pandemie.

Schnelles Handeln der Exekutive war zu Beginn geradezu unerlässlich. Es ging darum, Leben zu retten. Hier stimmten auch alle demokratischen Parteien zu. Eine "Hinterzimmer-Politik" kann ich aktuell nicht erkennen. Nahezu jede Debatte über Corona ist transparenter denn je. Die Ministerpräsidentenkonferenz können sie derweil in bestimmten Boulevardmedien selbst live und aktuell mitverfolgen. Auch heute gab es hier in diesem Hohen Haus wieder eine Regierungsbefragung. Auch Sie hätten hier Fragen stellen können. – Das haben Sie auch getan. – Weitere Instrumente sehen wir als überflüssig an. Das Hinterfragen politischer Maßnahmen ist wichtig, geschieht aber bereits.

Eines möchte ich besonders hervorheben: Auch in den Ministerien wird eine ausgezeichnete Arbeit mit einem hohen Maß an Engagement geleistet. Mein großer persönlicher Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, die seit Monaten nicht nur unzählige Überstunden leisten, sondern mit ihrer Professionalität und Flexibilität für Bayern das Beste herausholen, ohne hier wirklich einmal namentlich oder persönlich in Erscheinung zu treten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, Ihr Dringlichkeitsantrag will diese Kolleginnen und Kollegen noch mehr belasten. Daher lehnen wir Ihren ideologisch motivierten Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Ruth Waldmann das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD versucht mit diesem Antrag, allgemeines Misstrauen zu säen, ohne echte Anhaltspunkte zu haben. Ihnen geht es darum, den Eindruck zu erwecken, es gehe grundsätzlich nicht überall mit rechten Dingen zu, in der Hoffnung, dass bei den Menschen hängen bleibt, die da oben machten alle "Schmu". Sie beziehen dabei allerdings auch alle Mitarbeiter, zum Beispiel der Gesundheitsämter, in dieses Bild der Generalverdächtigung ein. Im Antrag heißt es wörtlich, es gehe Ihnen auch um Überprüfung der Vorgänge der unteren und mittleren Verwaltung im Zusammenhang mit dem pandemischen Geschehen. Das ist nicht nur sehr ungenau, das ist auch unangemessen und unredlich. Wenn Sie Anlass zu einem Verdacht haben, dann müssen Sie sich schon die Mühe machen, ein bisschen zu recherchieren, genaue Fragen zu stellen und dem auch genau nachzugehen. Hier aber einfach so eine Generalverdächtigung in den Raum zu stellen, das ist wirklich völlig daneben.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Wir haben in der Vergangenheit mehrfach die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen der Staatsregierung bezweifelt und Transparenz eingefordert. Gleichwohl unterstellen wir nicht, wie Sie von der AfD, dass die Staatsregierung vorsätzlich unverhältnismäßige Maßnahmen ergriffen hat und ergreift. Eine Überprüfung von Abrechnungen ist immer sinnvoll, das sollte die Staatsregierung auch tun. Allerdings erweckt diese Forderung den Eindruck, dass die AfD den beauftragten Hilfsorganisationen unterstellt, nicht sauber und ordnungsgemäß abzurechnen. Da nach meinem Kenntnisstand hierfür keine Anhaltspunkte vorliegen, ist das eine aufs Äuß-

erste abzulehnende Unterstellung, insbesondere im Hinblick darauf, dass man auf die Arbeit der Hilfsorganisationen angewiesen ist und diesen für ihre wichtige Arbeit nur danken kann.

Abschließend noch zu Ihrer Forderung nach einer Einsichtnahme in alle Unterlagen, die die Staatsregierung zur Entscheidung von Maßnahmen heranzieht und herangezogen hat: Ich weiß nicht, was Sie den ganzen Tag machen, aber wir – und da spreche ich für alle anderen Parteien – stecken all unsere Kraft in die Überwindung der Pandemie und setzen uns für die Bürgerinnen und Bürger ein.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/14242 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie der Abgeordnete Markus Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.